

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	5
Literatur .....	23
Abkürzungen .....	33

## Einleitung

Übersicht .....	37
-----------------	----

## Erster Titel: Beurkundungen im Jugendamt

<b>A. Allgemeiner Teil .....</b>	<b>39</b>
<b>I. Der verfahrensrechtliche Rahmen: Beurkundungsgesetz als Verfahrensgesetz .....</b>	<b>39</b>
<b>II. Der gegenständliche Rahmen: Abschließende Aufzählung der Urkundsermächtigungen .....</b>	<b>43</b>
<b>III. Der organisatorische Rahmen: Erteilung der Urkundsermächtigung und die Stellung der Urkundsperson .....</b>	<b>48</b>
1. Rechtsgrundlagen .....	48
a) Beurkundungsermächtigung als Pflichtaufgabe des Jugendamts .....	48
b) Anforderungen an die Qualifikation der Urkundspersonen .....	48
c) Ermächtigung nur an Fachkräfte des Jugendamts .....	50
2. Eigenständige Stellung der Urkundsperson und Weisungsfreiheit .....	51
3. Besondere Amtspflichten .....	52
a) Unparteilichkeit .....	52
b) Ablehnungsgründe für Amtstätigkeit .....	53
aa) Erkennbar unerlaubter oder unredlicher Beurkundungszweck .....	53
bb) Inhaltlich verfehlt beurkundungsverlangen .....	54
cc) Wunsch nach Ersetzung eines Urkundstitels gegen den ausdrücklichen Gläubigerwillen .....	54
dd) Kein Ablehnungsrecht bei „biologisch unwahren“ Vaterschaftsanerkennungen ..	56
ee) Kein generelles Ablehnungsrecht bei Bezug zu Leihmutterchaften .....	57
ff) kein Ablehnungsrecht einer Vaterschaftsanerkennung in Inzest-Fällen .....	63
gg) Amtspflicht zur Niederschrift von Sorgeerklärungen bei irrelevanten Bedenken ..	63
c) Persönliche Ausschlussgründe von der Beurkundung .....	64
d) Verschwiegenheitspflicht .....	64
e) Datenschutz .....	65
aa) Allgemeine Grundsätze .....	65
bb) Amtshilfe durch Urkundspersonen .....	66
cc) Keine Information von Strafverfolgungsbehörden .....	67

## Inhaltsverzeichnis

---

dd) Mitteilungspflichten gegenüber Ausländerbehörden .....	67
ee) Zeugnisverweigerungsrechte .....	68
e) Mitwirkungsverbot wegen „Vorbefassung“? .....	69
<b>IV. Grundbegriffe der Urkundstätigkeit: .....</b>	<b>70</b>
1. Zuständigkeit der Urkundsperson .....	70
a) Örtliche, sachliche, funktionelle .....	70
b) Rechtsfolgen der Verletzung der Zuständigkeit .....	73
2. Beurkundung und Beglaubigung als Erscheinungsformen der „öffentlichen Urkunde“ (§§ 415, 418 ZPO); Beweiskraft; Bedeutung des Ausdrucks „öffentlich“ .....	73
<b>V. Öffentliche Beurkundung .....</b>	<b>74</b>
1. Anwendungsbereich .....	74
2. Form und Mussvorschriften .....	75
3. Form und Sollvorschriften .....	79
4. Schreibweise ausländischer Eigennamen oder Ortsbezeichnungen .....	80
5. Urschrift der Urkunde .....	81
<b>VI. Öffentliche Beglaubigung .....</b>	<b>83</b>
1. Keine Beglaubigungszuständigkeit der Urkundsperson nach § 59 Abs. 1 SGB VIII .....	83
2. Keine „freihändige“ Befugnis zu sonstigen öffentlichen Beglaubigungen .....	84
3. Grundzüge der öffentlichen Beglaubigung .....	84
4. Abgrenzung von „öffentlicher“ zu „amtlicher“ Beglaubigung .....	85
5. Keine Beglaubigungsnotwendigkeit bei behördlichem Siegelbeidruck .....	85
6. Unterschied im Verbleib der Urschrift bei Beglaubigung und Beurkundung .....	86
<b>VII. Die Ausfertigung .....</b>	<b>87</b>
1. Allgemeine Bedeutung .....	87
2. Wesen der Ausfertigung .....	87
3. Zuständigkeit zur Erteilung .....	89
4. Recht auf Erteilung .....	89
5. Abgrenzung zur vollstreckbaren Ausfertigung .....	89
<b>VIII. Fehlerberichtigung bei der Erteilung von Ausfertigungen .....</b>	<b>90</b>
1. Grundsätze des Nachtragsvermerks .....	90
2. Voraussetzungen der offensichtlichen Unrichtigkeit .....	91
3. Wesen des Nachtragsvermerks .....	92
4. Gewährung rechtlichen Gehörs .....	92
5. Voraussetzung und Form der Berichtigung von Feststellungen der Urkundsperson .....	93
6. Kein Rechtsbehelf gegen Ablehnung der Berichtigung .....	97
<b>IX. Ersetzung zerstörter oder abhandengekommener Urschriften .....</b>	<b>97</b>
1. Allgemeines .....	97
2. Rechtsschutzinteresse an Ersetzung .....	99
3. Tatsächliche Grundlage der Ersetzung .....	99
4. Anhörung .....	100

5. Vorgang der Ersetzung .....	100
6. Folgen der Ersetzung (Mitteilung; späteres Auffinden der Urschrift) .....	101
7. Rechtsbehelfe .....	101
<b>X. Die beglaubigte Abschrift .....</b>	<b>102</b>
1. Rechtliche Bedeutung .....	102
2. Zuständigkeit zur Erteilung .....	103
3. Erstellung der beglaubigten Abschrift .....	104
<b>XI. Siegelung und sonstige Anforderungen an die Herstellung von Urkunden .....</b>	<b>105</b>
1. Arten von Siegeln .....	105
2. Drucktechnisch erzeugte Behördensiegel .....	106
3. Verbindung von Urkundsblättern durch Schnur und Prägesiegel .....	107
4. Vorgaben für die Gestaltung des Prägesiegels und des Heftgarns .....	110
5. Technischer Vorgang der Heftung .....	110
6. Weitere Anforderungen an die Herstellung von Urkunden und Abschriften .....	111
<b>XII. Urkundstätigkeit in Sonderfällen .....</b>	<b>112</b>
1. Sprachkundige .....	112
a) Notwendiges Sprachverständnis der Beteiligten .....	112
b) Übersetzungspflicht .....	113
c) Übersetzung durch Urkundsperson? .....	114
d) Vorschriften bei der Zuziehung eines Dolmetschers .....	115
e) Probleme bei mitgebrachten Dolmetschern .....	116
f) Mitwirkungsverbote für Dolmetscher .....	116
g) Anforderungen an die konkrete Sprachmittlung durch den Dolmetscher .....	117
h) Auffinden geeigneter berufsmäßiger Dolmetscher .....	118
i) Zulässigkeit von Sammelterminen mit spezialisierten Dolmetschern .....	118
j) Nur virtuelle Dolmetscheranwesenheit durch elektronische Zuschaltung? .....	119
k) Pflicht zur zusätzlichen schriftlichen Urkundenübersetzung? .....	120
l) Zwischenfazit: .....	120
m) Kosten der Dolmetscherhinzuziehung .....	121
n) Formularmäßige Standardbelehrungen in Fremdsprachen .....	122
o) Bezeichnung des Dolmetschers in der Urkunde .....	122
2. Schreibunfähige, Taube, Sehbehinderte, Stumme .....	123
a) Hinzuziehung einer zweiten Person bzw. einer Vertrauensperson bei bestimmten Behinderungen .....	123
b) Gebärdensprachdolmetscher .....	124
c) Schreibunfähige .....	125
d) Hörbehinderte .....	125

<b>XIII. Kostenfreiheit</b> .....	126
1. Das Prinzip und seine Begründung .....	126
2. Landesrechtliche Ausnahmen .....	126
3. Kontraproduktive Wirkungen von Gebührenerhebungen für jugendamtliche Beurkundungen .....	127
4. Kostenfreiheit auch für Dolmetscherhonorare .....	128
<b>XIV. Prüfungspflichten zur Identität der Beteiligten</b> .....	128
1. Allgemeine Rolle der Urkundsperson .....	128
2. Grundsätzliche Pflicht zur Identitätsprüfung .....	128
3. Familienstand kein Identitätsmerkmal .....	131
4. Exkurs I: Gültigkeit im Ausland geschlossener Ehen .....	133
5. Exkurs II: Echtheitsprüfung ausländischer Personenstandsurkunden .....	134
a) Maßstab der Echtheitsbeurteilung durch § 438 ZPO .....	134
b) Bedeutung der Legalisation einer ausländischen Urkunde .....	134
c) Ausnahmen von der Anforderung des Echtheitsnachweises einer ausländischen Urkunde durch Legalisation .....	135
aa) VO (EU) 2016/1191 zur Vereinfachung der Anforderungen an die Vorlage bestimmter öffentlicher Urkunden .....	135
bb) Apostille im Verhältnis zu Drittstaaten .....	136
cc) Sonstige zumeist bilaterale Abkommen .....	136
d) Keine Ausstellung von Legalisationen durch deutsche Auslandsvertretungen in bestimmten Dritte-Welt-Staaten .....	136
e) Ausweg durch freie Beweiswürdigung .....	137
6. Identitätsnachweis regelmäßig durch amtliche Ausweise .....	137
a) Grundsätze .....	137
b) Reaktion auf vorgelegten erkennbar gefälschten Ausweis .....	138
c) Zum Identitätsnachweis nicht oder nur bedingt geeignete Dokumente .....	140
d) Zur Bezeichnung des Ausweisdokuments in der Urkunde .....	142
e) Übereinstimmung von Namensführung der Beteiligten in Ausweis und Urkunde .....	143
f) Notwendigkeit der Beurkundung auch bei Identitätszweifeln .....	145
g) Sonderprobleme der Identitätsfeststellung .....	147
h) Eindeutige Bezeichnung auch von nur mittelbar Beteiligten (Kinder) .....	149
i) Identitätsfeststellung bei Beglaubigungen .....	150
<b>XV. Prüfungspflichten zur Geschäftsfähigkeit</b> .....	150
1. Allgemeine Anforderungen an Feststellungen der Urkundsperson hierzu .....	150
2. Stufen der Geschäftsfähigkeit .....	150
3. Geschäftsunfähigkeit und ihre Folgen .....	150
4. Geschäftsfähigkeit als Regelfall .....	152
5. Notwendige Ermittlungen zur Geschäftsfähigkeit im Einzelfall .....	152
6. Bedeutung eines Ankreuzkästchens zur Geschäftsfähigkeit in Urkundenvordrucken .....	153
7. Vorübergehende Bewusstseinstäubung durch Alkohol oder Fieberzustände .....	154

8. Beschränkte Geschäftsfähigkeit .....	155
9. Wirkungen einer rechtlichen Betreuung .....	155
10. Verhalten bei Zweifeln an der (unbeschränkten) Geschäftsfähigkeit .....	158
11. Geschäftsfähigkeit und Beglaubigung .....	159
<b>XVI. Prüfungspflichten zur Legitimation .....</b>	<b>159</b>
1. Bevollmächtigung .....	159
a) Grundsätzliches .....	159
b) Form der Bevollmächtigung .....	159
c) Behandlung vorgelegter Vollmachten .....	160
d) Im Termin nur behauptete und später nachgereichte Vollmacht .....	161
2. Gesetzliche Vertretung .....	161
<b>XVII. Prüfung anderer Wirksamkeitsprobleme aus materiellem Recht .....</b>	<b>163</b>
<b>XVIII. Prüfung der Anwendbarkeit ausländischen Rechts .....</b>	<b>164</b>
<b>XIX. Belehrungspflicht .....</b>	<b>167</b>
1. Zweck der Pflichten zu Belehrung und Sachverhaltsaufklärung .....	167
2. Inhalt der Rechtsbelehrung .....	168
3. Abgrenzung von Belehrung und Beratung .....	169
4. Adressaten der Belehrung .....	170
5. Feststellungen zur Belehrung in der Niederschrift .....	171
<b>XX. Urkundenverzeichnis und Namensregister sowie EDV-Fragen .....</b>	<b>172</b>
1. Rechtliche Vorgaben zum Urkundenverzeichnis .....	172
2. Versehentlich doppelt vergebene Urkundsnummern .....	173
3. Namensverzeichnis .....	174
4. Vorkehrungen gegen nachträgliche Veränderungen .....	175
5. Empfehlenswerte Orientierung der Urkundspersonen an der DONot .....	176
<b>XXI. Art der Aufbewahrung und Aufbewahrungsfristen .....</b>	<b>176</b>
1. Grundsätze zur Verwahrung von Urschriften (auch als elektronisches Dokument) .....	176
2. Allgemeines zu Aufbewahrungsfristen .....	180
3. Unterhaltstitel .....	181
4. Abstammungsbeurkundungen .....	183
5. Sorgeerklärungen .....	183
6. Nebenakten .....	184
7. Schriftverkehr des Sorgeregisters .....	184
<b>XXII. Rechtsmittel gegen die Ablehnung der Urkundstätigkeit .....</b>	<b>185</b>
1. Grundlegendes .....	185
2. Rechtsweg zum Landgericht statt zum Verwaltungsgericht .....	186
3. Nicht überzeugende Gegenposition u.a. des LG Wuppertal .....	187
4. Beschwerde gegen die Ablehnung der Vollstreckungsklausel und bezüglich bestimmter urkundstechnischer Amtshandlungen .....	189
5. Von der Urkundsperson zu beachtende Verfahrensvorschriften .....	190

<b>XXIII. Konkurrierende Urkundszuständigkeiten</b> .....	192
1. Überblick .....	192
2. Grundsätzliche Austauschbarkeit der Zuständigkeiten .....	193
3. Urkundsakte ausländischer Stellen .....	194
a) Vaterschaftsanerkennungen vor privilegierten Behörden gem. Übereinkommen vom 14.9.1961 .....	194
b) Anforderungen an die Gleichwertigkeit sonstiger Beurkundungen ausländischer Stellen .....	194
c) Sonderfall „notary public“ .....	195
<b>B. Erklärungen über die Anerkennung der Vaterschaft, § 59</b>	
<b>Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VIII</b> .....	196
<b>I. Beurkundung der Vaterschaftsanerkennung, §§ 1594, 1597 BGB</b> .....	196
1. Rechtsnatur, Folgerungen und Abgrenzungen .....	196
a) Allgemeines .....	196
b) Person des Anerkennenden bei „Intersexualität“ .....	198
c) Anerkennung der Vaterschaft zu bereits verstorbenem Kind .....	200
d) Adressatlosigkeit der Erklärung .....	201
e) Grundsätzliche Unwiderruflichkeit .....	202
f) Identische Rechtsfolgen bei vorgeburtlicher Anerkennung der Vaterschaft .....	202
aa) Grundsätzliches .....	202
bb) Abgrenzung zur Anerkennung vor Zeugung .....	203
cc) Mehrlingsgeburten .....	205
2. Namensbezeichnung des nach der Geburt anzuerkennenden Kindes .....	205
3. Anerkennung volljähriger Kinder .....	210
4. Bedingungsfeindlichkeit der Anerkennung .....	211
a) Grundsatz .....	211
b) Zulässige Rechtsbedingung bei noch anderweitig bestehender Vaterschaft .....	211
aa) Frühere BGH-Rechtsprechung hierzu .....	211
bb) nunmehr „schwebende Unwirksamkeit“ statt „Nichtigkeit“ der Anerkennung ...	212
c) Sonderfall: Scheidungsakzessorische Vaterschaftsanerkennung gem. § 1599 Abs. 2 BGB .....	212
aa) Rechtsgrundlage .....	212
bb) Konkrete Voraussetzungen .....	213
cc) Unmittelbare Rechtsfolge .....	215
dd) Unsicherheiten der Prognose zum Geburtszeitpunkt .....	215
ee) Jahresfrist nur für Anerkennungserklärung .....	216
ff) Widerrufsmöglichkeit für den „scheidungsakzessorisch“ Anerkennenden .....	216
5. Ausnahmsweiser Widerruf der Vaterschaftsanerkennung .....	218
6. Sonstige unzulässig gewollte Einschränkungen der Anerkennungswirkung .....	219

7. Fehlendes Anerkennungs Hindernis in bestimmten Fällen .....	220
a) anderweitige, noch nicht wirksam gewordene Vaterschaft eines Dritten .....	220
b) bereits vollzogene Adoption des anzuerkennenden Kindes .....	221
c) rechtskräftig abgelehnte Feststellung der Vaterschaft des Anerkennungswilligen aufgrund sachverständiger Begutachtung .....	221
8. Vaterschaftsanerkennung durch den biologischen „Nicht-Vater“ .....	222
9. Anerkennung durch beschränkt Geschäftsfähige und Geschäftsunfähige .....	223
10. Fälle mit Auslandsberührung .....	225
a) Anknüpfungsoptionen für die maßgebende Rechtsordnung .....	225
b) deutsches Recht bei gewöhnlichem Kindesaufenthalt im Inland .....	225
c) Notwendige Anknüpfung an das Personalstatut .....	228
d) Konkurrierende Anknüpfungsmöglichkeiten mit unterschiedlichen Ergebnissen .....	229
e) Allgemeine Pflichten der Urkundsperson bei Vaterschaftsanerkennungen unter Ausländerbeteiligung .....	232
f) Besondere Prüfpflichten bei einschlägiger ausländischer Staatsangehörigkeit .....	232
aa) Etwaige weitere Zustimmungserfordernisse nach einem Heimatrecht .....	232
bb) Volljährigkeit des Anerkennenden .....	233
g) Ausdrückliche gewünschte „Anerkennung nach dem Heimatrecht“ .....	234
11. Anerkennung durch einen Ausländer unter zweifelhaftem oder falschem Namen .....	236
a) Identität des Anerkennenden keine Wirksamkeitsvoraussetzung .....	236
b) Form und Inhalt nachträglicher Berichtigung von Identitätsangaben .....	237
12. Prüfung eines etwaigen Missbrauchs zur Erlangung aufenthaltsrechtlicher Vorteile (§ 1597a BGB) .....	240
a) Ziel und Vorgeschichte der Norm .....	240
b) Grundzüge der Regelung .....	242
c) Prüfungsobliegenheiten der Urkundsperson .....	244
d) Vollziehbare Ausreisepflicht .....	246
e) Fehlen einschlägiger persönlicher Beziehungen .....	246
f) Finanzielle Vorteile und frühere anderweitige missbräuchliche Anerkennungen .....	247
g) Schlussfolgerungen für die Urkundsperson .....	248
h) Möglicher Abbruch der Beurkundung durch Beteiligte .....	249
i) Aussetzungsverfahren .....	249
j) Form der Mitteilungen an Ausländerbehörde und Standesamt .....	251
k) Weiteres Vorgehen nach Entscheidung der Ausländerbehörde .....	252
l) Rechtspolitischer Ausblick .....	254
13. Belehrungen .....	254
a) Zweck und Inhalt .....	254
b) Besonderheiten bei ausländischen Anerkennungswilligen .....	255
14. Geschäftliche Behandlung des Urkundsvorgangs .....	256
a) Übersendung beglaubigter Abschriften an bestimmte Adressaten .....	256
b) Erfüllung der Vorgabe bei vorgeburtlicher Anerkennung .....	257

c) Besondere Benachrichtigungspflicht bei unverheirateten minderjährigen Müttern .....	258
d) Weiterer Sonderfall: Ergänzungspfleger für das Kind .....	259
e) Aussparung von mit der Anerkennung verbundenen Unterhaltsverpflichtungen .....	259
<b>II. Beurkundung der Zustimmung der Mutter, § 1595 Abs. 1, § 1597 BGB .....</b>	<b>259</b>
1. Neuregelung durch das KindRRG .....	259
2. Zustimmungserfordernis und Tod der Mutter .....	260
3. Zustimmung bei beschränkter oder fehlender Geschäftsfähigkeit der Mutter .....	261
4. Form und Zeitpunkt der Zustimmung .....	262
5. Adressatlosigkeit und fehlende Fristgebundenheit der Zustimmung .....	262
6. Belehrungen .....	262
7. Zustimmung der Mutter zu einer unter fremdem Recht erklärten Anerkennung der Vaterschaft .....	263
<b>III. Beurkundung der Zustimmung des Kindes, § 1595 Abs. 2, § 1597 BGB .....</b>	<b>264</b>
1. Ausnahmsweise Notwendigkeit der Zustimmung des Kindes .....	264
2. Beurkundungsbefugnis des Jugendamts .....	264
3. Zustimmung des geschäftsunfähigen und des in der Geschäftsfähigkeit beschränkten Kindes .....	265
4. Legitimierter gesetzlicher Vertreter .....	265
5. Adressatlosigkeit und Unwiderrufflichkeit der Zustimmung. ....	266
<b>IV. Die öffentlich zu beurkundenden Zustimmungen des gesetzlichen Vertreters .....</b>	<b>266</b>
1. Die gesetzlichen Fälle und ihre Gemeinsamkeiten .....	266
2. Volljährigkeit bei noch ausstehender Genehmigung des gesetzlichen Vertreters .....	267
3. Belehrungen .....	269
<b>V. Anerkennung der Mutterschafte nach dem BGB im künftigen Recht .....</b>	<b>269</b>
1. Vorbemerkung: .....	269
2. Erweiterte Beurkundungsbefugnis in § 59 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VIII-E .....	270
3. Materiellrechtliche Grundlage der Anerkennung der Mutterschaft in § 1591 BGB-E .....	271
a) Allgemeines .....	271
b) „Mitmutter“-Stellung als Ehefrau der Geburtsmutter .....	272
c) „Mitmutterschaft“ kraft Anerkennung .....	272
d) Festhalten am „Zwei-Eltern-Prinzip“ .....	272
e) Keine gerichtliche Feststellung der „Mitmutterschaft“ .....	273
f) Gerichtliche Anfechtung der „Mitmutterschaft“ .....	274
4. Erklärung der Anerkennung der Mutterschaft .....	275
5. Zustimmungen .....	276
6. Belehrungen .....	276
a) zum Zustandekommen der Mutterschaft kraft Anerkennung .....	276
b) zu den Rechten und Pflichten der Mutter kraft Anerkennung .....	276

<b>C. Beurkundung von Unterhaltsverpflichtungen, § 59 Abs. 1</b>	
<b>Satz 1 Nr. 3 SGB VIII</b>	277
<b>I. Die Verpflichtungserklärung</b>	277
1. Wesen und rechtlicher Gehalt der Verpflichtungserklärung	277
a) Einseitige Willenserklärung und hieraus folgende Gläubigerrechte	277
b) Verfestigung zu vertraglicher Bindung des Schuldners	278
aa) Bei vorheriger Einigung über den Unterhalt	278
bb) Bei nachträglicher Gläubigerakzeptanz des einseitig titulierten Unterhalts	278
c) Keine bindende einseitige Unterhaltsfestsetzung gegen den Gläubigerwillen	279
d) Angemessene Gläubigerreaktion auf willkürliche Beurkundungen	280
e) Verhalten der Urkundsperson bei Titelmündung durch den Gläubiger	281
2. Reichweite der Beurkundungsermächtigung	282
a) Allgemein	282
b) für die Vergangenheit	284
c) für die Zukunft	285
aa) Keine Beschränkung auf Minderjährigenunterhalt	285
bb) auch über das 21. Lebensjahr hinaus	285
d) Person des Unterhaltspflichtigen	286
3. Übergang auf einen Rechtsnachfolger	287
4. Unterhalt als Festbetrag oder dynamisiert anhand des Mindestunterhalts	290
a) Vom „Regelbetragsunterhalt“ zum „Mindestunterhalt“	290
b) Höhe und Anpassung des Mindestunterhalts	291
c) Bedeutung der Haushaltszugehörigkeit des Kindes	292
d) Alternative: statischer bzw. Festbetragsunterhalt	292
e) Praxisbedeutung des dynamisierten Unterhalts	292
5. Anspruch des Kindes auf dynamisierten Titel	293
a) Verbindliches Wahlrecht des Kindes	293
b) Notwendige Feststellung des Gläubigerwillens bei vermeintlich unklaren Äußerungen	294
c) Zeitpunkt der Ausübung des Wahlrechts	295
d) Gläubigerrechte bei eigenmächtiger Festbetragstitulierung durch Schuldner	295
e) Konsequenzen für Belehrung und Beurkundungspflicht der Urkundsperson	296
6. Festlegung des Mindestunterhalts; keine Begrenzung auf Minderjährigkeit	296
7. Bedeutung der Düsseldorfer Tabelle	299
8. Anrechnung kindbezogener Leistungen; zulässige Dynamisierung auch des anzurechnenden Kindergeldes	300
9. Formulierungsvorschlag einer Verpflichtungserklärung auf dynamisierten Mindestunterhalt	303
a) Grundsatz	303
b) Erläuternde Angabe der sich aktuell ergebenden Zahlbeträge	303
c) Berechnung des Kindesunterhalts für den Monat der Geburt	304

d) Allgemeine Verschönerungsmöglichkeit der Beurkundungsformel .....	306
e) Fehlerquellen in Bezug auf die Bestimmtheit des Titels .....	306
10. Unterhaltsverpflichtung und Geschäftsgrundlage .....	309
11. Bezeichnung des Empfangsberechtigten .....	315
12. Fälligkeit, Rückstände; Mehr- und Sonderbedarf; Zinsen .....	317
a) Fälligkeit des Unterhalts .....	317
b) Verrechnung von Zahlungen auf laufenden Unterhalt oder Rückstände .....	318
c) Sonderbedarf .....	319
d) Mehrbedarf .....	319
e) Verzugszinsen .....	321
13. Sonderfälle von verfehlten Beurkundungswünschen .....	323
14. Verpflichtungserklärungen im Falle beschränkter Geschäftsfähigkeit und Geschäftsunfähigkeit .....	324
15. Die Frage nach der Notwendigkeit familien- bzw. betreuungsgerichtlicher Genehmigung .....	326
a) Grundsatz .....	326
b) Genehmigungsbedürftigkeit wegen wiederkehrender Leistungen über das 18. Lebensjahr hinaus? .....	326
c) Genehmigungsbedürftigkeit als „Vergleich“? .....	327
16. Ersetzungsbeurkundungen .....	328
a) Allgemeines .....	328
b) Erforderliches Einvernehmen .....	329
c) Verhaltensempfehlungen für die Urkundsperson in Zweifelsfällen .....	330
d) Eventuelle Herausgabepflicht bezüglich der ersetzten vollstreckbaren Ausfertigung ..	335
e) Keine Beurkundung über „null EUR“ .....	335
f) Notwendige Klarheit über zu ersetzenden Titel .....	336
17. Prüfung der Angemessenheit des vom Verpflichtungswilligen zugestandenem Unterhalts? .....	337
18. Fälle mit Auslandsberührung .....	338
a) Allgemeines .....	338
b) Wesentliche Kollisionsnormen .....	340
19. Anrechnung von Kindergeld bei im Ausland lebenden Elternteilen .....	342
<b>II. Die Unterwerfung unter die sofortige Zwangsvollstreckung, § 60 SGB VIII .....</b>	<b>343</b>
1. Rechtsnatur und Anwendungsfälle .....	343
2. Erfordernisse nach § 60 Satz 1 SGB VIII .....	344
3. Simultangebot für Verpflichtung und Unterwerfung? .....	345
4. Über § 794 Abs. 1 Nr. 5 ZPO maßgebende Bestimmungen des Vollstreckungsrechts (insbesondere Wartefrist des § 798 ZPO) .....	346
5. Belehrungen .....	347
6. Die Unterwerfung unter die sofortige Zwangsvollstreckung bei beschränkter Geschäftsfähigkeit bzw. Geschäftsunfähigkeit .....	347
7. Die Vollstreckungsklausel und ihre Erteilung .....	347

8. Die Erteilung der Vollstreckungsklausel in Abhängigkeit vom Wirksamwerden einer Vaterschaftsanerkennung .....	350
9. Die Erteilung der Vollstreckungsklausel als antragsgebundener Akt .....	353
a) Antragberechtigungen .....	353
b) Erteilung an unterhaltsberechtigtes Kind bei gesetzlicher Vertretung .....	356
c) Keine Aushändigung der vollstreckbaren Ausfertigung an Schuldner .....	357
10. Mehrere vollstreckbare Ausfertigungen (§ 733 ZPO) .....	360
a) Grundsatz .....	360
b) Antrag und Voraussetzungen .....	361
c) Anhörung des Schuldners .....	364
d) Notwendige Anweisung des Amtsgerichts .....	365
e) Rechtsbehelfe .....	367
11. Die Zustellung der vollstreckbaren Unterhaltsverpflichtung .....	368
12. Klauselerteilung in Fällen von Rechtsnachfolge .....	371
a) Allgemeines .....	371
b) Antragsvoraussetzung .....	371
c) Vorlage der bisher erteilten vollstreckbaren Ausfertigung .....	371
d) Nachweis der Rechtsnachfolge .....	373
13. Rechtsnachfolge auf Privatpersonen (insbesondere nachrangig Unterhalt leistende Verwandte) .....	374
a) Grundsätzliches zur gesetzlichen Rechtsnachfolge .....	374
b) Abtretung als Ausweichlösung .....	376
c) Sonstige Fälle der Rechtsnachfolge auf Privatpersonen auf Gläubiger- und Schuldnerseite .....	376
d) Nachweis der Rechtsnachfolge auf private Gläubiger .....	376
aa) Allgemeine Voraussetzungen .....	376
bb) Nachweis der erbrachten Unterhaltszahlungen .....	378
14. Rechtsnachfolge auf Sozialleistungsträger .....	379
a) Kein Erfordernis zur Vorlage des Bewilligungsbescheids .....	379
b) Entbehrlichkeit des Nachweises der Rechtswahrungsanzeige .....	382
c) Nachweis der vom Rechtsnachfolger erbrachten Leistungen .....	383
d) Notwendigkeit des formgerechten Nachweises .....	385
aa) Grundsatz .....	385
bb) Begriff der öffentlichen Urkunde und der öffentlichen Beglaubigung .....	385
cc) Problem der Beurkundungsbefugnis von Jobcentern .....	388
dd) „Beglaubigung“ durch allgemein hierzu ermächtigte Urkundspersonen statt Zeugnisurkunde der Behörde .....	390
e) Zur Frage einer sozialrechtlichen Vergleichsberechnung .....	391
aa) Hintergrund der Problematik .....	391
bb) Meinungsstand vor der höchstrichterlichen Entscheidung .....	392
cc) Inhalt und Folgen der Klärung durch den BGH .....	393

f) Sonderfall Rechtsnachfolge nach § 37 BAföG .....	396
aa) Grundsatz des Anspruchsübergangs nach § 37 BAföG .....	396
bb) Prüfungspflicht der Urkundsperson .....	396
cc) Einschränkung des Anspruchsübergangs durch Anrechenbarkeit des Elterneinkommens .....	397
dd) Handlungsempfehlungen für die Urkundsperson .....	397
g) Kein „Rechtsschutzbedürfnis“ für zeitnahe Umschreibungsanträge .....	399
15. Anhörung des Schuldners vor Umschreibung .....	399
a) Grundsatz .....	399
b) Inhalt der Anhörung .....	400
c) Mögliche Einwendungen des Schuldners .....	402
d) Belehrung über erfolglose Einwendungen gegen die Umschreibung .....	404
e) Bedeutung eines Vollstreckungsverzichts für die Rechtsnachfolgeklausel .....	405
16. Allgemeines zum Vorgehen bei der Titelumschreibung .....	407
a) Fassung der Rechtsnachfolgeklausel bei Vollübergang der Forderung .....	407
b) Erneute Zustellung an Schuldner .....	408
17. Rechtsnachfolgeklausel bei Teilübergang der Forderung .....	409
a) Allgemeines .....	409
b) Konkretes Vorgehen bei der Teilumschreibung .....	409
18. Klage auf Erteilung der Vollstreckungsklausel, § 731 ZPO .....	412
a) Zweck des Rechtsbehelfs .....	412
b) Abgrenzung zur Beschwerde gegen die Nichterteilung der Klausel .....	413
c) Rechtsnatur der Klage und Gläubigervorbringen .....	413
d) Rechtsbehelfsbelehrung durch die Urkundsperson .....	413
e) Titelumschreibung nach Anordnungsurteil .....	414
19. Rechtsbehelf des Schuldners gegen Erteilung der Vollstreckungsklausel: Erinnerung gem. § 732 ZPO .....	414
20. Sonderprobleme der Rechtsnachfolge auf der Gläubigerseite .....	415
a) Mehrere Rechtsnachfolgeprätendenten .....	415
b) rückwirkende Abänderung des umgeschriebenen Titels durch Gerichtsbeschluss .....	416
21. Rechtsnachfolge auf der Schuldnerseite .....	417
<b>III. Mitwirkung der Urkundsperson bei der Vorbereitung der Auslandsvollstreckung .....</b>	<b>418</b>
1. Vorbemerkung .....	418
2. Grundsatz Exequaturverfahren .....	418
3. Vollstreckbarerklärung nach der EuGVO .....	419
4. Bestätigung von Urkunden als Europäischer Vollstreckungstitel gem. §§ 1079 ff. ZPO .....	420
a) Begriff des Europäischen Vollstreckungstitels .....	420
5. Auswirkungen der EG-Unterhaltsverordnung (EuUnterhVO). .....	422
6. Bezifferung von Urkunden gem. § 245 FamFG .....	425
a) Zweck und Gegenstand der Bezifferung .....	425
b) Zuständigkeit und Verfahren .....	427

c) Rechtsnatur der Bezifferung .....	428
d) Wortlaut der Bezifferung .....	429
e) Rechtsbehelfe .....	430
<b>D. Sonstige Urkundsgeschäfte im Jugendamt, § 59 Abs. 1 Nr. 2, 4, 6 bis 9 SGB VIII .....</b>	<b>431</b>
1. Beurkundung der Verpflichtung zur Erfüllung von Ansprüchen zwischen den Eltern nach § 1615I BGB (§ 59 Abs. 1 Nr. 4 SGB VIII) .....	431
a) Gesetzeszweck und Bedeutung des Anspruchs aus § 1615I Abs. 2 BGB .....	431
b) Voraussetzungen des Anspruchs .....	432
c) Höhe des Unterhalts .....	432
d) Feststellung der Vaterschaft als Voraussetzung der Vollstreckungsklausel .....	434
e) Die Verpflichtungserklärung des beschränkt Geschäftsfähigen und des Geschäftsunfähigen .....	435
f) Die Vererblichkeit des Anspruchs und die Verpflichtungserklärung des Erben .....	435
g) Fälle mit Auslandsberührung .....	435
h) Beurkundung zugunsten des Rechtsnachfolgers .....	436
i) Mögliche Neuregelung des § 1615I BGB durch die Reform des Abstammungsrechts .....	436
<b>II. Beurkundung der Anerkennung der Mutterschaft, § 59 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB VIII ....</b>	<b>438</b>
1. Grundsätzliches .....	438
2. In Betracht kommende ausländische Rechtsordnungen .....	439
3. Voraussetzungen .....	439
4. Beurkundung der Zustimmung des Vaters zur Mutterschaftsanerkennung .....	441
<b>III. Bereiterklärung zur Annahme eines zur internationalen Adoption vorgeschlagenen Kindes .....</b>	<b>444</b>
1. Rechtlicher Zusammenhang der Erklärung .....	444
2. Inhalt und Rechtsfolgen der Bereiterklärung .....	445
<b>IV. Beurkundung des Widerrufs der Einwilligung in die Adoption durch das Kind im Falle des § 1746 Abs. 2 BGB (§ 59 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 SGB VIII) .....</b>	<b>448</b>
<b>V. Beurkundung des Verzichts des „nichtehelichen“ Vaters im Adoptionsverfahren auf die Übertragung der Sorge gem. § 1747 Abs. 3 Nr. 3 BGB (§ 59 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 SGB VIII) .....</b>	<b>449</b>
<b>VI. Beurkundung der Sorgeerklärungen der nicht miteinander verheirateten Eltern gem. § 1626a Abs. 1 Nr. 1 BGB (§ 59 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 SGB VIII) .....</b>	<b>450</b>
1. Ausgangspunkt Alleinsorge der Mutter und Begründung der gemeinsamen Sorge .....	450
2. Rechtsnatur und Wirksamwerden der Sorgeerklärung .....	451
3. Inhalt der Sorgeerklärung .....	453
4. Unzulässigkeit von Bedingung oder Befristung; vorgeburtliche Sorgeerklärung .....	456
5. Keine entgegenstehende gerichtliche Sorgeregelung .....	457
6. Keine anderweitigen Unwirksamkeitsgründe; vorangegangener Sorgeeingriff gegenüber der Mutter .....	457

## Inhaltsverzeichnis

---

7. Höchstpersönlichkeit der Erklärung; Geschäftsfähigkeit und Zustimmungserfordernisse ...	462
8. Beurkundung und Belehrung .....	466
9. Sonderfall: Beurkundung von Sorgeerklärungen bei deutschen Auslandsvertretungen .....	468
10. Datenschutzrechtliche Aspekte der Beurkundung von Sorgeerklärungen .....	469
11. Mitteilungspflichten; Sorgeregister .....	470
a) Grundsätze und Zuständigkeiten .....	470
b) Zweck des Sorgeregisters Sorgeregister (§ 58a bzw. künftig § 58 SGB VIII) .....	470
c) Örtliche Zuständigkeit für das Sorgeregister; Antrag auf Auskunft hieraus .....	472
d) Gerichtliche Entscheidungen als Auskunftsgegenstand des Sorgeregisters .....	473
e) Form der Mitteilung .....	477
f) Formulierungsbeispiel für eine Registrauskunft .....	479
g) Sonderfälle der Eintragung und Löschung im Sorgeregister sowie der Auskunfterteilung .....	481
aa) Unwirksame Erklärungen .....	481
bb) Heirat der Eltern .....	481
cc) Anfechtung der Vaterschaft .....	482
dd) Tod des Vaters .....	483
ee) Geschlechtsumwandlung des Elternteils .....	483
ff) Geschlechtsumwandlung des Kindes .....	484
gg) Kind in einer gleichgeschlechtlichen Ehe zweier Frauen ohne rechtlichen Vater ..	485
h) Datenschutzrechtliche Aspekte des Sorgeregisters .....	487
aa) Organisatorisches .....	487
bb) Löschung .....	487
cc) Datenschutzrechtliche Auskunftsansprüche über Eintragungen .....	488
dd) Zur weiteren Aufbewahrung von Mitteilungen nach der Eintragung .....	488
i) Befugnis zur Verweigerung einer Auskunft nach § 58 a Abs. 2 SGB VIII .....	489
j) Sonderfall: Umzug einer Mutter mit einem im Ausland geborenen Kind ins Bundesgebiet .....	490
aa) Grundsätze des Fortbestands eines im Ausland begründeten Sorgeverhältnisses .....	490
bb) Nachweisproblematik bei gemeinsamer Sorge .....	491
cc) Nachweisproblematik bei Alleinsorge .....	492
dd) Konkreter Verdacht auf unwahre Angabe der Mutter: „nicht verheiratet“ .....	496
k) Rechtsbehelf gegen die Ablehnung einer beantragten Auskunft nach § 58 a Abs. 2 SGB VIII .....	496
<b>VII. Beurkundung einer Erklärung des auf Unterhalt in Anspruch genommenen Elternteils nach § 252 FamFG (§ 59 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 SGB VIII) .....</b>	<b>497</b>

**Zweiter Titel:  
Beurkundungen anderer Stellen**

<b>I. Notare</b> .....	503
1. Grundlagen der Befugnisse des Notars .....	503
2. Konkurrierende Zuständigkeit und notarielle Besonderheiten .....	503
a) Grundsatz .....	503
b) Anerkennungen der Vaterschaft im eherechtlichen Kontext .....	504
c) Anerkennungen der Vaterschaft im notariellen Testament .....	504
d) Besonderheiten im Rahmen von § 59 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII .....	505
e) Namensrechtliche Beglaubigungen durch den Notar .....	506
f) Adoptionsrecht .....	506
aa) Adoptionsantrag .....	507
bb) Einwilligung .....	508
cc) Auslandsberührung .....	509
dd) Antrag auf Aufhebung der Adoption .....	510
4. Rechtsbehelf gegen Ablehnung der Urkundstätigkeit .....	510
5. Gebührenfreiheit .....	510
<b>II. Konsularbeamte</b> .....	511
1. Grundsätze .....	511
2. Versagung der Amtstätigkeit .....	512
3. Aussetzung der Beurkundung nach § 1597a BGB .....	513
4. Beurkundungshindernis durch Fortgeltung des deutsch-sowjetischen Konsularvertrags .....	514
5. Keine Erteilung von vollstreckbaren Ausfertigungen .....	514
6. Kosten konsularischer Beurkundungen .....	516
<b>III. Gerichte (Amtsgericht, Verfahrensgericht der Vaterschaftsfestellung)</b> .....	517
1. Grundsatz der Beurkundungsbefugnis des Amtsgerichts .....	517
2. Umfang der Beurkundungsermächtigung .....	517
3. Örtliche Zuständigkeit und Gebührenfreiheit .....	518
4. Funktionale Zuständigkeit und Rechtsbehelfe gegen die Ablehnung .....	518
5. Verfahrensgericht .....	520
a) Grundsätzliches .....	520
b) Erklärung im Erörterungstermin .....	520
c) Beurkundung von Sorgeerklärungen vor dem Familiengericht .....	521

<b>IV. Standesämter</b> .....	523
1. <b>Konkurrierende Beurkundungszuständigkeiten</b> .....	523
2. <b>Exklusivzuständigkeiten</b> .....	523
3. <b>Örtliche Zuständigkeit</b> .....	524
4. <b>Anzuwendendes Verfahrensrecht</b> .....	525
5. <b>Gebühren und Auslagen</b> .....	526

**Anhang I:  
Gesetzestexte in Auszügen**

<b>1. SGB VIII</b> .....	527
<b>2. Beurkundungsgesetz (BeurkG)</b> .....	530
<b>3. Konsulargesetz</b> .....	546
<b>4. Personenstandsgesetz (PStG)</b> .....	547
<b>5. FamFG</b> .....	552
<b>6. ZPO</b> .....	553

**Anhang II: Protokollierungshilfen für Sonderfälle**

<b>1. Anerkennung der Mutterschaft</b> .....	555
<b>2. Fehlende Unterlagen; Vaterschaftsanerkennung durch Betreuer eines Geschäftsunfähigen</b> .....	556
<b>3. Zuziehung eines Dolmetschers</b> .....	557
<b>4. Förmliche Zurückweisung eines Antrags auf eine Amtshandlung der Urkundsperson (hier: Rechtsnachfolgeklausel)</b> .....	559
Stichwortverzeichnis .....	561